

„Drôle de peuple“, „Komisches Volk“, lautete der Titel einer Karikaturenausstellung, die kürzlich in Paris zu sehen war. Die Zeichnungen, die sich allesamt um Deutschland drehten, stammten vom Chefkarikaturisten von *Le Monde*, Plantu.

„Komisches Volk“ ist durchaus nicht unliebenswürdig gemeint. Treffsicher spießt der Titel eine Einstellung auf, die man oft in Frankreich antrifft. Vielen Franzosen fällt es nicht immer leicht, sich einen Reim auf die Deutschen zu machen. So günstig ihr Bild von Deutschland im Allgemeinen auch ist, stets haftet ihm ein Zug Ratlosigkeit an, der sich gern in einem Überschwang des Urteils ausdrückt. Mal ist Deutschland das Objekt übertriebener Sorge, mal wird es grenzenlos bewundert.

Momentan ist der Nachbar *outré-Rhin* das Maß aller Dinge. Überall sei Deutschland vorn. Es werde weise geführt, sei modern und ungeheuer effektiv und demnach ganz anders als Frankreich, liest man in französischen Zeitungen. Der emigrierte deutsche Leser reibt sich verwundert die Augen. Schließlich verfolgt er täglich (wenn auch fast immer mit einem Tag Verspätung) in der geschätzten *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, wie sehr die Berliner Regierung damit beschäftigt ist, den eigenen Zerfall zu verhindern. Er kann die Untersuchungsergebnisse rauf und runter buchstabieren, die besagen, dass die Deutschen am liebsten griesgrämig sind und dass ihre Weltzugewandtheit rasch im Sackbahnhof endet, wenn für die Zukunft mehr als zwei Bäume gefällt werden

müssen. Und jetzt soll auf einmal alles spitze sein *en Allemagne!* Wie sonderbar ist doch die Optik dieser Gallier!

Eine Erklärung für erstaunlich divergierende Fremdwahrnehmung mag sein, dass die Franzosen gewohnheitsmäßig viel stärker auf Deutschland fixiert sind als die Deutschen auf Frankreich. Der Notenvergleich mit der Bundesrepublik ist ein beliebtes Gesellschaftsspiel. Wie Deutschland dasteht, wirkt auf das französische Selbstbild ein. Man fühlt sich gut, wenn man irgendwo die Nase vorn hat. Ist das Gegenteil der Fall, muss die Regierung aufpassen. Deutschlands Bestnoten werden dann rasch zu Wurfgeschossen, die den Dirigenten im *Élysée* und im *Matignon* um die Ohren fliegen. Französischen und Franzosen sind immer dazu aufgelegt, die Zustände im eigenen Land lauthals zu beklagen.

Frankreich fällt zurück

Ihre momentane Bewunderung gilt der wirtschaftlichen Stabilität des östlichen Nachbarn. Man staunt, wie Deutschland es im vergangenen Jahr geschafft hat, ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent zu stemmen, die Arbeitslosigkeit auf Niedrigstand zu drücken und die Neuverschuldung auf ein Niveau herunterzuführen, das selbst in Zeiten, als die Stabilitätskriterien von Maastricht noch etwas galten, Respekt erheischt hätte. Wie war es möglich, dass all dies obendrein in einer Krise erreicht wurde, von der Staatspräsident Nicolas Sarkozy sagt, es habe ihresgleichen noch nie gegeben?



Diese Karikatur zu „Merkozy“ des französischen Künstlers Plantu, Chefkarikaturist von „Le Monde“, ist in der oben erwähnten Wanderausstellung „Drôle de peuple“ („Komisches Volk“) zu sehen.

© Plantu

Tatsache ist, dass Frankreich bei den wichtigsten ökonomischen und sozialen Indikatoren zurückfällt. Letztes Jahr nahm die Arbeitslosigkeit im Land um 5,2 Prozent zu; mit knapp zehn Prozent nähert sie sich dem Rekordstand. Besonders stark war der Zuwachs der Langzeitarbeitslosigkeit. Berichte über Betriebsschließungen sind an der Tagesordnung, während man wenig über die Gewinnung neuer Arbeitsplätze erfährt. Vor allem für junge Menschen nimmt sich die Zukunft düster aus. Jeder Vierte unter fünfundzwanzig hat keinen Job. Bei den deutschen Altersgenossen ist es nur jeder zwanzigste.

Die Hauptursache des Problems ist erkannt, selbst dort, wo man sie aus parteiegoistischen Gründen gern verschweigt: Die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft hält schon seit Jahren mit der internationalen Entwicklung nicht mehr Schritt. Die mittelständische Wirtschaft ist schwachbrüstig, anders als in Deutschland, wo sie sich schon oft als Stabilitätsanker erwiesen hat. Nur schleppend kommt der notwendige Umbau, das *redressement*, voran, was auch daran liegt, dass die politische Linke Symbole der Mittelrand-Ära wie die 35-Stunden-Woche mit Zähnen und Klauen verteidigt. Wohl ist die niedrige Wochenarbeitszeit durch betriebliche Praxis vielfach durch-

löchert. Aber jede grundsätzliche Infragestellung der sozialpolitischen „Errungenschaften“, wozu auch die „Rente mit 60“ gehört, stößt auf den erbitterten Widerstand der Sozialisten, die hierbei von den Gewerkschaften assistiert werden. Letztere haben zwar kaum Mitglieder, doch verfügen sie über eine exzessive Streikbereitschaft, die beinahe täglich irgendwo im Land unter Beweis gestellt wird.

Wie anders ist das alles jenseits des Rheins! Kein Tag vergeht, ohne dass sich die französischen Medien in Vergleichsorgien ergehen. „Wir arbeiten sechs Wochen weniger im Jahr als die Deutschen“, titelte kürzlich *Le Figaro*. Errechnet wurde, dass die Kosten pro Arbeitsstunde in Frankreich zehn Prozent über dem deutschen Durchschnitt liegen, und das, obwohl Deutschland nun keineswegs als Billiglohnland gelten kann.

Selbst bei der nur schwer messbaren Arbeitsqualität verliert Frankreich, wie man glaubt, mehr und mehr den Anschluss an Deutschland. Die Werbung hat schon darauf reagiert. Neulich erregte ein Fernsehspot Aufsehen, der ganz und gar auf Deutsch abgefasst war. Es handelte sich keineswegs um eine Aktivität des Goethe-Instituts. Verantwortlich war die Firma Opel, die man offenbar so beraten hatte, dass deutsche Wertarbeit in Frankreich nicht übersetzt werden müsse.

Wie tief die Gewissenserforschung *à la française* bohren kann, zeigte sich kürzlich, als Michel Cicurel, Präsident der Compagnie Edmond de Rothschild, implizit deutsches Arbeitsethos gegen französische Lebensfreude ausspielte. Cicurel griff zur bekannten Fabel La Fontaines von der Ameise und der Grille. Wie die Grille, die es vor lauter Tändelei versäumt, Vorräte anzulegen, versäume Frankreich die Globalisierung: „Die Globalisierung ist eine unwiderrufliche Realität. Und wenn Deutschland besser abschneidet, obwohl es weniger Trümpfe hat als Frankreich, dann deshalb, weil es sich auf die Globalisierung einlässt.“

Reformmodell Deutschland

Das Thema Deutschland hat längst Eingang in den französischen Präsidentschaftswahlkampf gefunden, ja, es entwickelt sich in beinahe beängstigender Weise zu einem der Hauptkampfplätze des elektoralen Waffengangs. Als vor wenigen Wochen Nicolas Sarkozy eine Fernsehrede an die Nation hielt, notierten Beobachter nicht weniger als einundzwanzig Erwähnungen von *Allemagne* oder *allemand*. Minister der Regierung François Fillon werden nicht müde, Deutschland als Modell für Reformpolitik zu propagieren. Die Botschaft lautet, die Erfolge des Nachbarn seien nicht vom Himmel gefallen, sondern das Resultat harter Sparanstrengungen. Der Widerstand der Opposition gegen die *rigueur*-Vorhaben der Regierung sei daher verwerflich. Er hindere Frankreich daran, die Ebenbürtigkeit mit Deutschland wiederherzustellen.

An der Einschleusung des Deutschland-Themas überraschte, dass sie von der Regierung ausging. Parteitaktisch läge es näher, würden die oppositionellen Sozialisten das Vorbild des östlichen Nachbarn nutzen, um es Sarkozy als Spiegel seiner Fehler und Versäumnisse vorzuhalten. Denn natürlich muss sich das

Präsidentenlager die Frage gefallen lassen, was man in den vergangenen vier-einhalb Jahren eigentlich getan hat. Weshalb wurden die Maßnahmen, die man jetzt als ebenso einleuchtend wie unabdingbar anpreist, nicht schon früher ergriffen?

Dass die Sozialisten die Möglichkeit beiseiteließen, sagt eine Menge über die Partei aus, deren Fortschrittsgeist sich nur noch in Sonntagsreden austobt, im politischen Alltag jedoch längst einem derben Konservatismus der Status-quo-Erhaltung Platz gemacht hat. Umgekehrt offenbart die wahltaktische Inanspruchnahme des „Modells Deutschland“ durch die Regierung, wie schwierig die Lage ist, in der sich Sarkozy und die ihn stützende *Union pour un mouvement populaire* (UMP) befinden. Der Präsident liegt in der Wählergunst so deutlich hinter seinem Hauptkonkurrenten François Hollande zurück, dass er kein Risiko scheut und selbst den Vorwurf der späten Einsicht in Kauf nimmt.

Immerhin war es geschickt, den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder ins Élysée einzuladen. Von Schröder glaubt man in Frankreich zu wissen, dass er das Schicksal seiner Partei aufs Spiel setzte, um die von ihm für erforderlich gehaltenen Reformen durchzudrücken. Was Schröder nach dem Besuch beim Präsidenten erklärte, war für die französischen Genossen eine kalte Dusche: „Präsident Sarkozy ist auf dem richtigen Weg.“ Sarkozy bedankte sich, indem er den deutschen Gast einen „großen sozialdemokratischen Staatsmann“ nannte, wobei das „sozialdemokratisch“ unterstrichen war. Dem sozialistischen Präsidentschaftsbewerber Hollande, der ungefähr zur gleichen Zeit den Bundesparteitag der SPD besuchte, verschlug es die Sprache.

Dieser Schuss traf ins Schwarze, doch ist noch längst nicht ausgemacht, ob das „Modell Deutschland“ die Karte ist, die

am Ende zieht. Riskant für Sarkozy ist die gängig gewordene Namensverschlingung „Merkozy“. Die Sprachschöpfung räumt klar erkennbar Angela Merkel den Vorrang ein, während sie Nicolas Sarkozy nur als Beifahrer erscheinen lässt. Das rührt an einen empfindlichen Nerv der Franzosen. Sie haben kein Problem damit, die deutsche Tüchtigkeit und sogar die ökonomische Suprematie Deutschlands anzuerkennen. Wenn aber der Eindruck entsteht, im *couple franco-allemand* habe Deutschland auch politisch die Hand am Steuer, sind sie alarmiert.

Zwiespältiges Verhältnis

Dementsprechend bemühen sich Sarkozys Widersacher, den Präsidenten im Ringen um die Lösung der europäischen Schuldenkrise als Handlanger Angela Merkels darzustellen. Der sexistische Kontext ist gewollt: Sarkozy, der Macho, am Gängelband einer Kanzlerin! Unappetitlicher sind Versuche, Sarkozy dadurch zu diskreditieren, dass man das Bild des „hässlichen Deutschen“ aus der Requisite hervorholt. Arnaud Montebourg, Linksausleger innerhalb der Sozialistischen Partei, warf Angela Merkel eine Politik „à la Bismarck“ vor, ein Vertrauter Hollandes brachte das Unwort „München“ ins Spiel, was Sarkozy in die Nähe des *Appeasement*-Ministerpräsidenten Daladier und die deutsche Kanzlerin in die Hitlers rückte. Hollande unterließ es, die Fehlritte zu rügen, und man scheint nichts dabei zu finden, wenn man sich in die Nähe des Front National begibt, dessen Chefin Marine Le Pen Berlin eine *politique à la schlague* vorwarf. Das Lehnwort *schlague* erinnert an die Nazi-Barbarei.

Man muss derartige Entgleisungen nicht überbewerten. In Wahlkampfzeiten wird allerorten geholt. Andererseits ist nicht ganz unbekannt, dass Frankreichs linksintellektuelle Elite ein zwiespältiges Verhältnis zu Deutschland hat. Das

wurde zuletzt im Verlauf der deutschen Wiedervereinigung spürbar. Der Untergang der DDR wurde damals von vielen Intellektuellen als Unglück angesehen, während sich die Mehrheit der Franzosen über den Fall der Mauer freute – ein soziales Auseinanderklaffen der Empfindungen, das in Deutschland ganz ähnlich zu beobachten war!

Die Frage, wie viel Deutschland Frankreich verträgt, hat eine sozialpsychologische Komponente, aber auch einen harten politischen Kern. Fiskalpolitisch hat sich Frankreich über lange Zeit wie ein Irrlicht zwischen den gefährlich auseinanderdriftenden Welten des europäischen Südens und des Nordens hin und her bewegt. Jetzt muss es Farbe bekennen. Sarkozy scheint das begriffen zu haben. Haushaltssanierung, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Rettung des Euro, aber nur für diejenigen, die sich retten lassen wollen: Sein Wortprogramm hört sich genauso an wie das der deutschen Bundeskanzlerin, obwohl nicht immer klar ist, ob er dasselbe meint. Unklar ist auch, wie dauerhaft Sarkozys Überzeugungen diesmal sind.

Der Präsident hat in den ersten Jahren seiner Amtsperiode ungeheuer viele Projekte angestoßen. Nicht alles war erfolglos. So wurde das Renteneintrittsalter vorsichtig auf 62 Jahre heraufgesetzt. Außenpolitisch kann der Präsident für sich verbuchen, dass sich das französisch-amerikanische Verhältnis seit seinem Amtsantritt deutlich entkrampft hat (wobei fraglich ist, ob die Franzosen das mehrheitlich gut finden). Seine Entschlossenheit in der Libyen-Krise hat ihm Respekt verschafft. Allein Sarkozys Stärke ist das situative Handeln, sein Manko ist die Kurzatmigkeit. Überall dort, wo die Politik wie bei der Haushaltssanierung besonders auf Nachhaltigkeit angewiesen ist, fällt seine Bilanz dürftig aus. Das schränkt die Glaubwürdigkeit der *rigueur*-Politik ein. Wenn er die Bürger

des Landes davon überzeugen will, dass seine Rezepte zur ökonomischen Gesundung Frankreichs besser sind als die seiner Konkurrenten, muss er auf die Vergesslichkeit der Bevölkerung setzen.

Kampf um den Élysée

Sein größter Trumpf liegt vielleicht in der Schwäche seines wichtigsten Gegners. François Hollandes politische Laufbahn war bisher die eines Parteimanagers. Über exekutive Erfahrungen verfügt er nicht. International ist er ein Novize. Auch gilt er als Mann ohne Charisma. Etikette wie „weich“ oder „leer“ wurden ihm keineswegs von der Rechten aufgeklebt. Sie stammen aus dem innerparteilichen Wahlkampf des *Parti Socialiste*, den er nur deshalb für sich entscheiden konnte, weil der Favorit Dominique Strauss-Kahn zuvor seine Ambitionen in der Frauenfalle beerdigen musste. Mit seiner Wahlkampföffnung, in der er die „Finanzwelt“ zu seinem persönlichen Feind erklärte, versetzte er die Genossen zwar in Entzücken. Hingegen ließ er die Frage, wie die von unsinnigen Abgaben belasteten Unternehmen Frankreichs wieder wettbewerbsfähig gemacht werden können, unbeantwortet.

Ein Land, das sich 357 Käsesorten leiste, sei unregierbar, soll Charles de Gaulle einmal gesagt haben. Tatsächlich erschwert die Vielzahl der politischen Gruppierungen und Kandidaten das Lagebild vor der Wahl ungemein. Fest steht wohl, dass keiner der Bewerber im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen wird. Daher konzentriert sich alles auf die Frage, wer den zweiten Wahlgang erreicht. Es wäre keine Überraschung, wenn Marine Le Pen dazugehörte. Schon ihr Vater Jean-Marie schaffte das Kunststück. Das war im Jahr 2002, als er den Sozialisten Lionel Jospin auf Platz drei verbannte, um am Ende Jacques Chirac zu unterliegen. Marine Le Pens Auftreten ist weniger holzschnittartig als das ihres

Vaters. Sie hat auf ihrem Konto noch keine Skandale wie dieser, der sich nicht scheute, den Holocaust zu verharmlosen. Aber Programm und Ansprache des *Front National* (FN) hat sie nicht geändert. Ihr Populismus ist ungeniert.

Die französischen Grünen dürften bei den *présidentielles* deutlich hinter ihren Erwartungen zurückbleiben. Ihre Spitzenkandidatin Eva Joly ist eine Fehlbesetzung. Mehr Beachtung verdient der Zentrist François Bayrou, der Vorsitzende des *Mouvement Démocrate* (MoDem). Das Frankreich der Fünften Republik hat niemals eine starke Mitte gehabt. Allerdings ist Bayrou ein Mann, der Vertrauen ausstrahlt, und es ist nicht völlig undenkbar, dass er sich in den zweiten Wahlgang vorkämpfen kann. Seine Aussichten, Sarkozy bürgerliche Stimmen in erheblichem Maße abzujagen, sind nicht schlecht.

Wichtiges Tandem für Europa

Angela Merkel kann also keineswegs sicher sein, mit welchem Gastgeber im Élysée sie es ab Mai zu tun haben wird. Insofern ist ihr rückhaltloses Eintreten für Sarkozy im Wahlkampf außerordentlich waghalsig. Zur Unsicherheit hinsichtlich des Ausgangs der Partie gesellt sich der Zweifel, ob diese Form der Unterstützung dem Hilfsbedürftigen wirklich hilft. In keinem Land wird die Einmischung in das politische Intimleben gern gesehen, auch nicht in Frankreich. Andererseits hat die Präsentation des Herausforderers der deutschen Regierungschefin keine Wahl gelassen: Aus Berliner Sicht ist das Programm Hollandes, indem es die Implikationen der Schuldenkrise in atemberaubender Weise ausblendet, einfach „retro“. Und wie soll die Kanzlerin schweigen zu der Ankündigung Hollandes, nach seiner Wahl den Fiskalpakt aufzuschneiden?

Es hat weniger mit Sympathie zu tun als mit einer kühlen Interessenabwägung, dass Angela Merkel die Fortsetzung von „Merkozy“ erstrebenswert er-

scheint. Sollte es anders kommen, wird sie auf die Erfahrung bauen, dass die politische Farbenlehre für die deutsch-französische Partnerschaft niemals ausschlaggebend war. Der Sozialdemokrat Helmut Schmidt und der Liberale Valéry Giscard d'Estaing bildeten ein eingespieltes Doppel; Schmidt war 1981 von Mitterrands Sieg über Giscard alles andere als erbaut. Helmut Kohls freundschaftliches Verhältnis zu Mitterrand überstand mancherlei Zwist, auch die Eintrübung in der Wiedervereinigungszeit. Seine Tränen beim Totenamt für den verstorbenen französischen Präsidenten in Notre-Dame waren echt.

Das Problem ist, dass ein enges Zusammenspiel zwischen Paris und Berlin noch nie so zwingend war wie jetzt. Selbst temporäre Reibungsverluste, wie es sie bei Machtwechseln immer gibt, wären angesichts des ständigen Entscheidungsbedarfs in der Schuldenkrise gefahrvoll. In der Vergangenheit wurde die Formel vom französisch-deutschen Duo als Motor der europäischen Einigung oft bis zum Überdruß strapaziert. Heute gilt ohne Abstriche, dass nur durch eine kraftvolle Führung der beiden großen Nachbarstaaten, nur durch ein faktisches Direktorium, das europäische Projekt vor dem Scheitern bewahrt werden kann.

Solide Beziehung

Der Bundesregierung wird in der Folgezeit ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl abverlangt werden. Frankreichs Selbstbewusstsein ist nicht nur wegen der Herabstufung der Schuldnerbonität angeschlagen. Eine kluge Bundesregierung wird darauf Rücksicht nehmen, denn nur von einem starken Frankreich ist eine verlässliche Führungspartnerschaft zu erwarten. Die Basis des deutsch-französischen Verhältnisses ist solide. Nach einer aktuellen Untersuchung haben zweiundachtzig Prozent der Franzosen von Deutschland ein positives Bild. Noch

wichtiger ist der Befund, dass dreiundvierzig Prozent der Franzosen im Zeichen der Krise eine engere politische Zusammenarbeit wünschen.

Offenbar sind die Franzosen nicht geneigt, jede Sottise aus Politikermund ernst zu nehmen: „Alle Welt hat sich der Ideologie der deutschen Regierung unterworfen“, maulte kürzlich der Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit. Diese Behauptung ist ebenso oberflächlich wie die Suggestion, Frankreich habe im Vergleich mit Deutschland immer weniger zu bieten. In Wirklichkeit hat Frankreich im transrheianischen *benchmarking* eine ganze Reihe von Pluspunkten auf seinem Konto. So kostet der Strom den französischen Verbraucher nur die Hälfte, weil Frankreich seinen Strombedarf ganz überwiegend selbst produziert. Die energiepolitische Unabhängigkeit, die Frankreich im Unterschied zu Deutschland auf diese Weise gewinnt, wird von keiner ernst zu nehmenden politischen Kraft in Frankreich infrage gestellt; ein Grund mit, weshalb die *écologes* bei der Präsidentschaftswahl wohl nur unter „ferner liefen“ abschneiden werden.

Ein weiterer Trumpf ist der Kinderreichtum Frankreichs. Im Schnitt bekommt eine Französin zwei Kinder. Die Folge könnte sein, dass es in ein paar Jahrzehnten mehr Franzosen geben wird als Deutsche. Zweifellos hat das Ja zum Kind viele Ursachen, eine optimistische Lebenseinstellung gehört jedenfalls dazu. So gesehen, beweist der ungebrochene Kinderboom, dass die Franzosen, ungeachtet aller Probleme, die Zukunft weit weniger schwarz sehen, als sie glauben.

„Drôle de peuple“: Möglicherweise sind die Franzosen ein genauso komisches Volk wie die Deutschen. Es kommt auf die Brille an. Wer durch beide Gläser schaut, erkennt, dass sie einander noch nie so dringend brauchten wie heute. Die wichtigste Wahl für Deutschland findet 2012 in Frankreich statt.